

# Die Landtagswahl in Bayern im Jahr 2008

## Positionen der Parteien – Fragenkatalog des bpv für eine Stellungnahme zur Bildungs-, Schul- und Berufspolitik

Fragen bpv	Antworten CSU	Antworten SPD	Antworten Bündnis 90 / Die Grünen	Antworten FDP
<b>Frage 1</b>				
<p>Die Gymnasiallehrer sind fachwissenschaftlich vollakademisch ausgebildete Beamte. Sie gehören zum Höheren Dienst wie Juristen, Mediziner, Diplomingenieure oder das wissenschaftliche Personal in Bibliotheken und Archiven im Staatsdienst. Wie stehen Sie zur Gleichbehandlung der Gymnasiallehrer hinsichtlich Einstufung und Beförderung?</p>	<p>Hinsichtlich Einstufung und Beförderung werden die Gymnasiallehrer ebenso behandelt wie die übrigen dem höheren Dienst angehörigen Berufsgruppen. Sie sind wie diese dem Eingangssamt A 13 und den Beförderungssämtern A 14 bis A 16 zugeordnet.</p>	<p>Wir sind in der Tat der Meinung, dass es im Rahmen der Dienstrechtsreform eine Erweiterung der Besoldungstabelle für alle Lehrämter geben sollte.</p>	<p>Es ist unserer Meinung nach unstrittig, dass die LehrerInnen an Gymnasien auch nach Abschaffung der Laufbahngruppen im Rahmen der Dienstrechtsreform hinsichtlich Einstufung und Beförderung wie andere Beamte mit vollakademischer Ausbildung behandelt werden.</p>	<p>Selbstverständlich gehören im bestehenden System Gymnasiallehrer in die Gruppe des höheren Dienstes.</p>
<b>Frage 2</b>				
<p>Die Stellenverteilung im noch geltenden Stellenkegel entspricht nicht mehr den tatsächlichen Laufbahngruppenanteilen, da fast alle neuen Stellen der untersten Laufbahngruppe zugeordnet wurden. Wie steht Ihre Partei zu einer Nachschlüsselung?</p>	<p>Die Dienstrechtsreform wird Gelegenheit bieten, den Stellenkegel günstiger zu gestalten und dadurch die Beförderungsmöglichkeiten zu verbessern (vgl. dazu auch Frage 3).</p>	<p>Wenn im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform über leistungsgerechte Bezahlung gesprochen wird und wenn Beförderung wirklich ein effektives Mittel der Leistungshonorierung sein soll, sind zwei Dinge notwendig: Erstens müssen genügend Beförderungsstellen vorhanden sein, und zweitens müssen diese Stellen von haushalterischen Zwängen wie der Wiederbesetzungssperre oder</p>	<p>Im Rahmen der Schaffung neuer bzw. zusätzlicher Beförderungsstellen für Volks- und RealschullehrerInnen wird man auch eine Nachjustierung des Stellenkegels bei den GymnasiallehrerInnen vornehmen müssen.</p>	<p>Beförderung ist ein Mittel, die Arbeit des Lehrers zu motivieren und zu belohnen. Wenn man das System Beförderung als ein solches Mittel ansieht, muss es auch benutzt werden. Beförderungswartezeit über Gebühr hinauszuziehen ist der falsche Weg. In der bevorstehenden Dienstrechtsreform ist dies vorgesehen und wir begrüßen dies.</p>

		Stellenobergrenzen befreit werden. Hier hat sich der Freistaat Bayern als Dienstherr enorme Versäumnisse vorzuwerfen.		
<b>Frage 3</b>				
<p>Gute Leistungen der bayerischen Gymnasiallehrerinnen und -lehrer werden nicht angemessen honoriert. Durch welches Maßnahmenbündel wollen Sie die Leistung der Philologinnen und Philologen besser honorieren:</p> <p>durch eine deutliche Kürzung der Beförderungswartezeit?</p> <p>durch mehr Geld für Leistungsprämien und Leistungszulagen?</p> <p>durch eine wirksame Leistungsstufen-Regelung?</p> <p>durch sonstige Maßnahmen?</p>	<p>Im Grund-, Haupt- und Realschulbereich werden für Leistungsträger Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. In den anderen Bereichen werden Leistungsträger im gleichen finanziellen Umfang durch eine Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten in Form von Stellenhebungen gefördert. Die Gymnasien werden in dieses allgemeine Stellenhebungskonzept einbezogen. Ferner soll das für Leistungsprämien und Leistungszulagen bestehende Budget verdoppelt werden. Überdurchschnittlich leistungsstarke Beamte sollen künftig in den Stufen der Grundgehaltstabelle beschleunigt vorrücken.</p>	<p>Die stärkste Form der Honorierung von Leistungen ist für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Beförderung. Wenn man sich jahrelang in seinem Bereich eingesetzt hat, zusätzliche Aufgaben übernommen und gute Beurteilungen bekommen hat, ist doch nicht nachvollziehbar, warum das alles nicht zur Beförderung reicht. Der Hinweis auf einen Beförderungsstau und nicht vorhandene Stellen hilft da überhaupt nicht weiter. Wir haben uns immer schon dafür eingesetzt, dass ausreichend Beförderungstellen ausgewiesen werden. Dieser Meinung bleiben wir auch im Hinblick auf die Dienstrechtsreform. Zusätzliche Mittel für flexible Leistungselemente sind erforderlich; Vorrang hat jedoch eine massive Verbesserung der Beförderungssituation. Wenn über ein gerechtes leistungsorientiertes Dienstrecht gesprochen wird, darf dabei aber nicht vergessen werden, eine bessere Bezahlung der Referendare anzustreben.</p>	<p>Eine deutliche Verkürzung der Beförderungswartezeiten für die Leistungsträger verbunden mit einer sehr differenzierten Leistungsstufenregelung (vom Stillstand bis zu sehr schnellem Vorrücken) scheinen aus unserer Sicht die geeigneten Instrumente zu sein, um überdurchschnittliche Leistungen bei den GymnasiallehrerInnen zu honorieren.</p>	<p>Neben den Leistungszulagen und der unbürokratischen Handhabung der Bezahlung ist eine zeitliche Entlastung, z. B. Kürzung der Unterrichtsverpflichtung und Einstellung von weiterem zusätzlichem pädagogischen Personal, ein mögliches Mittel, die Qualität der Lehre zu verbessern.</p>
<b>Frage 4</b>				
<p>Die bayerische Gymnasiallehrerschaft hat in finanzpolitisch schwierigen Zeiten die historisch hohe Arbeitszeitbelastung der Beamten solidarisch mitgetragen. Durch welches Maßnahmenbündel beabsichtigen Sie diese Belastungen zur Sicherung des pädagogischen Auftrags</p>	<p>Die im Rahmen des verpflichtenden Arbeitszeitkontos über die Unterrichtspflichtzeit hinaus geleistete zusätzliche Unterrichtsstunde wird den Lehrkräften an Gymnasien wie vorgesehen ab dem Schuljahr 2011/2012 „zurückgegeben“. Für weitere Arbeitszeitentlastungen wie die Absenkung der Unterrichtspflichtzeit oder Anrechnungen für Mehrbelastungen in der reformierten Oberstufe besteht bis dahin keinerlei Spielraum. Das Arbeitsschutzgesetz findet schon jetzt auf die</p>	<p>Wir fordern die Rücknahme der 42-Stunden-Woche und damit die Rücknahme der Unterrichtspflichtzeiterhöhung. Die Einführung der 42-Stunden-Woche war ein schwerer Fehler, den es vollständig zu revidieren gilt. Wir haben dazu einen Antrag im Bayerischen Landtag eingebracht. Im Verlaufe der Beratungen fielen aber Äußerungen von Seiten der</p>	<p>Um die Arbeitsbelastung der LehrerInnen mit all ihren negativen Folgen zu verringern, bedarf es eines Bündels an Maßnahmen, wobei die Beihilfebestimmungen unseres Erachtens nicht dazu gehören. Eine Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit im Rahmen der Zurücknahme der 42-Stunden-Woche wäre sicher ein wichtiger Beitrag dazu. Allerdings würde</p>	<p>Alle aufgezählten Maßnahmen finden unsere Unterstützung. Insbesondere ist pädagogisches Personal, das den Lehrer entlastet, sehr sinnvoll!</p>

<p>zu verringern:</p> <p>durch eine Senkung der Unterrichtspflichtzeit?</p> <p>durch Anrechnungen für Mehrbelastungen, die u. a. durch die neue Oberstufe entstehen?</p> <p>durch eine integrierte Lehrerreserve gegen Unterrichtsausfall?</p> <p>durch Maßnahmen zur Förderung der Lehrgesundheit, vor allem durch die Anwendung des Arbeitsschutzgesetzes und die Rücknahme der Beihilfebestimmungen?</p> <p>durch pädagogisch qualifiziertes Personal, das die Lehrkräfte entlastet?</p> <p>durch sonstige Maßnahmen?</p>	<p>Schulen Anwendung. Die Rücknahme der Verschlechterung der Beihilfebestimmungen wäre nicht geeignet, die hohe Arbeitszeitbelastung der Lehrkräfte auszugleichen. Die Gymnasien haben 2008/2009 erstmals die Möglichkeit, im Rahmen eines besonderen Budgets weiteres pädagogisches Personal zu beschäftigen, um individuelle Förderangebote einzurichten.</p>	<p>CSU, die an Arroganz nicht mehr zu überbieten sind. („42 Stunden zerstören nicht das Seelenheil der Beamten, da geht das Abendland nicht unter“, „wenn der Freizeitdrang der Staatsdiener tatsächlich so groß ist .....“, „dass die im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten längere Arbeitszeit die Beamten demotiviere, könne sie [sc. die Sprecherin der CSU] nicht nachvollziehen...“). Darüber hinaus wird die Arbeitsbelastung des Einzelnen unserer Meinung nach am ehesten durch die Einstellung von ausreichend Personal reduziert. Wir sind überzeugt, dass neben Lehrerinnen und Lehrern auch alle anderen pädagogischen Professionen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler unterstützen können und dadurch Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt werden, sich wieder ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, widmen zu können.</p>	<p>eine solche Maßnahme den akuten Lehrermangel in einigen Fächerverbindungen am Gymnasium zumindest bis zum Doppelabiturjahrgang 2011 nochmals verschärfen. Die Schaffung einer mobilen Reserve würde die Arbeit deutlich erleichtern. An allen Schulen werden mehr SchulpsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen, BeratungslehrerInnen und ähnliche Fachkräfte zur optimalen Betreuung gebraucht, auch am Gymnasium.</p>	
<p><b>Frage 5</b></p>				
<p>Sind Sie bereit, die Ende 2009 auslaufende Altersteilzeit-Regelung fortzuführen?</p>	<p>Das Thema „Altersteilzeit“ wurde nicht in die Eckpunkte aufgenommen, weil weite Bereiche der Dienstrechtsreform voraussichtlich erst 2010/2011 umgesetzt werden können, die Altersteilzeit aber bereits Ende 2009 ausläuft, so dass sich der Gesetzgeber schon früher mit der Frage ihrer Fortführung befassen muss. Über die Beibehaltung der Altersteilzeit speziell im Beamtenbereich und darüber hinaus für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer generell hat sich die CSU noch keine abschließende Meinung gebildet und befindet sich zurzeit in einem Abstimmungsprozess.</p>	<p>Gerade im Hinblick auf die Absicht, die Beschäftigten länger im Berufsleben zu halten, ist es erforderlich, Menschen, die dieser zusätzlichen Belastung nicht gewachsen sind, weiterhin gangbare Alternativen zu bieten. Ansonsten werden die Dienstunfähigkeitsquoten weiter steigen, was niemand wünschen kann. Das derzeitige Eintrittsalter in die Pension spricht Bände – gerade im Schulbereich. Diese Zahlen würden sich dann logischerweise weiter verschlechtern, wenn die Möglichkeiten der Altersteilzeit wieder genommen würden. Die Altersteilzeit ist ein ganz wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument,</p>	<p>Natürlich muss diese äußerst effektive Maßnahme fortgeführt werden, allein schon deshalb, weil seit Einführung der Altersteilzeit die krankheitsbedingten Frühpensionierungen deutlich zurückgegangen sind. Allerdings werden sich die Rahmenbedingungen vermutlich etwas ändern.</p>	<p>Der Zeitpunkt der Pensionierung sollte insgesamt flexibilisiert werden. Selbstgewünschte Teilzeit oder andere Modelle sollen möglich sein.</p>

		das auch nach dem Auslaufen Ende 2009 weiter angeboten werden muss. Die BayernSPD teilt eindeutig die Haltung der BundesSPD, die sich klar und deutlich für eine Weiterführung der Altersteilzeit unter neuen Bedingungen ausgesprochen hat.		
<b>Frage 6</b>				
<p>Wie wollen Sie die Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte für das Gymnasium und die Beruflichen Oberschulen fördern und sichern? Etwa durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• eine Existenz sichernde Anhebung der Referendarsbezüge?</li> <li>• eine Verbesserung der Ausbildung durch eine Absenkung des Unterrichtseinsatzes für Referendare (i. d. R. 10 UPZ)?</li> <li>• eine Abschaffung der Superverträge zugunsten von Planstellen?</li> </ul>	<p>Es wird angestrebt, die für sog. Superverträge bereitstehenden Haushaltsmittel in Planstellen umzuwandeln, um von vornherein sämtliche Lehramtsbewerber in das Beamtenverhältnis berufen zu können und dadurch Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Ländern und kommunalen Schulträgern zu beseitigen. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wurde dementsprechend für den kommenden Doppelhaushalt die Umwandlung von Superverträgen in Planstellen beantragt. Derzeit wird aufgrund der Absicherung der Unterrichtsversorgung in Zeiten des Lehrermangels keine Reduzierung der Unterrichtspflichtzeit (UPZ) bei den Referendaren angestrebt. Allenfalls kann in absehbarer Zeit wieder auf den Einsatz des Oberseminars verzichtet werden.</p>	<p>Der Lehrerberuf hat durch die mangelhaften Rahmenbedingungen (große Klassen, Lehrermangel und damit gestiegene Arbeitsbelastung, fehlende Anerkennung, schlechte Startbedingungen etc.) an Attraktivität eingebüßt. Es reicht nicht alleine aus, die Einkommenssituation der Referendarinnen und Referendare zu verbessern. In einem Antragspaket haben wir im Bayerischen Landtag deutlich gemacht, was besser werden muss: Wir haben die Staatsregierung aufgefordert,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• das bayerische Reisekostengesetz dahingehend zu ändern, dass allen Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst bei Fahrten zur Seminarschule (Lehramtsanwärter) oder zur Einsatzschule (Referendarinnen) die volle Wegstreckenentschädigung gewährt wird,</li> <li>• Lehramtsanwärtern und Referendaren ihre Einsatzschulen mindestens sechs Wochen vor Dienstantritt zu nennen,</li> <li>• von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, für alle Referendare, somit auch in den Fächern, in denen ein erheblicher Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern</li> </ul>	<p>Eine deutliche Anhebung der Anwärterbezüge ist unserer Meinung nach für die Nachwuchsgewinnung von besonderer Bedeutung. Wir sollten dabei allerdings nicht außer Acht lassen, dass sich der Einstellungskorridor nach 2011 deutlich verringern wird.</p>	<p>Der Lehrerberuf muss insbesondere am Anfang der Dienstzeit attraktiv sein, da dort die Lehrerinnen und Lehrer in der Familienphase Geld nötiger haben als Zeit! Der Referendar darf nicht dazu benutzt werden, den Lehrermangel in Bayern aufzufangen. Vielmehr soll die pädagogische und didaktische Ausbildung im Vordergrund stehen. Superverträge müssen abgeschafft werden zugunsten einer regulären Einstellung.</p>

		<p>herrscht, Sonderzuschläge von 250,- € pro Monat zu gewähren,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• für die Lehramtsanwärter die Grundunterrichtsverpflichtung auf 10 Wochenstunden zu reduzieren. Dabei ist Sorge zu tragen, dass die im zweiten Ausbildungsjahr gewährte Überstundenvergütung monatlich ausbezahlt wird und nicht wie bisher vierteljährlich,</li> <li>• allen Referendaren und Lehramtsanwärtern nach erfolgreichem Abschluss ihrer Ausbildung ein Angebot zur Übernahme in den staatlichen Schuldienst für mindestens 2 Jahre zu machen und</li> <li>• an allen Schulen, an denen Studienreferendare und Lehramtsanwärter ausgebildet werden, einen bedarfsgerechten Stundenpool für die auszubildenden Lehrkräfte einzurichten.</li> </ul>		
--	--	--	--	--

<b>Frage 7</b>				
----------------	--	--	--	--

<p>Die partielle Ganztagesesschule in der Verantwortung vor Ort ist die beste Lösung für die Gestaltung eines erfolgreichen Gymnasiums. Welche finanziellen Mittel stellen Sie bereit und welche Möglichkeiten sehen Sie zur Umsetzung?</p>	<p>Der Ausbau der Ganztagessschulen ist der CSU und der CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung ein zentrales Anliegen.</p> <p>Eine erfolgreiche Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums ist aus unserer Sicht jedoch nicht an die Form der (partiellen) Ganztagessschule gebunden. Allerdings werden sich im Rahmen der vom Ministerrat am 8. April 2008 beschlossenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Gymnasiums neue Möglichkeiten ergeben, Ganztageselemente in den Schultag zu integrieren, sofern dies vor Ort gewünscht ist. So bekommen die Schulen größere Gestaltungsspielräume im Bereich der Intensivierungsstunden, wodurch z. B. auch Angebote von Selbstlernphasen am Nachmittag und damit eine bessere Rhythmisierung längerer Schultage ermöglicht werden. Zudem erhalten die Schulen finanzielle Zuweisungen in Höhe von durchschnittlich 10.000 Euro je Schule,</p>	<p>Ganztagsklassen als pädagogisches Konzept überall dort, wo die Schulfamilie dies wünscht, ist der richtige Weg. Die Schülerinnen und Schüler brauchen einfach mehr Zeit zum Lernen und Üben. Natürlich muss das auch solide finanziert werden und zwar vor der Einführung von Ganztagessschulen, nicht nachher. Wir haben bereits mehrmals bei den Haushaltsberatungen im Parlament, zuletzt Anfang 2008, als ersten Schritt in die Verbesserung der Rahmenbedingungen an allen Schularten, eine Milliarde Euro strukturelle Erhöhung des Bildungshaushaltes gefordert. Darin sind alleine 1000 zusätzlich Planstellen für Lehrerinnen und</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag wollen zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich, um den Ausbau zu einem kinderfreundlichen und modernen Bildungssystem zu schaffen. Bei den Bildungsausgaben darf Bayern nicht weiter unterhalb des OECD-Durchschnitts verharren, denn nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung ist es wichtig, dass alle Kinder ihre Fähigkeiten voll entfalten können. Viele Verbesserungen sind an unseren Schulen notwendig. Natürlich ist dies auch eine Sache der Finanzierung. Deswegen haben wir bereits vor 2 Jahren ein Papier vorgelegt, in dem wir unsere monetären Forderungen für den</p>	<p>Die bayerische FDP tritt ein für ein flächendeckendes Angebot an Ganztagessschulen für alle Schularten. Dabei muss den Schulen mehr Verantwortung in finanzieller, pädagogischer und personeller Hinsicht vor Ort gewährt werden. Damit entscheidet die Schule selbst, ob Bedarf für eine Ganztagessschule besteht oder nicht. Bildung muss im bayerischen Staatshaushalt Priorität haben. Gemessen am BIP muss Bayern mit anderen europäischen Industrienationen gleichziehen.</p> <p>Für bauliche Maßnahmen sind weiterhin die Sachaufwandsträger verantwortlich.</p>
---	--	---	--	--

	<p>welche die Schulen auch für zusätzliches pädagogisches Personal, z. B. Sozialpädagogen, verwenden können. Auch nachmittägliche Betreuungsangebote können damit zukünftig besser als bisher realisiert werden. Derzeit bestehen bereits an 156 Gymnasien offene Ganztagsangebote.</p>	<p>Lehrer zum Ausbau der gebundenen Ganztagschulen enthalten. Die CSU will diese Investitionen nicht vornehmen, sondern eine von den Kommunen und Eltern bezahlte ‚Ganztagschule Light‘ einführen. Das ist nicht unser Weg.</p>	<p>Bildungsbereich formuliert und gegenfinanziert haben. Die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen haben wir in dieser Legislatur in diversen Anträgen immer wieder gefordert. Dies hat sich auch immer in unseren Haushaltsanträgen abgebildet. Zuletzt haben wir für den Doppelhaushalt 2007/2008 insgesamt 38 Millionen Euro für den Ausbau von Ganztagschulen gefordert. Dies entspricht in etwa dem Volumen der Anträge, die bei der Verteilung der IZBB-Mittel nicht berücksichtigt wurden. Insgesamt sind wir der Meinung, dass die CSU viel Zeit verschlafen hat. Wir hätten viel früher mit dem Ausbau von Ganztagschulen beginnen müssen. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums hätte die Chance geboten, dass sich diese Schulart als Vorreiter eines echten, gebundenen Ganztagschulsystems profilieren kann.</p>	
<p><b>Frage 8</b></p>				
<p>Der einheitliche Bildungsgang am Gymnasium von der 5. Jahrgangsstufe bis zur Allgemeinen Hochschulreife im gegliederten Schulsystem ist Garant für Erhalt und Ausbau des erfolgreichen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern. Wie wollen Sie dieses gegliederte Schulsystem stärken und weiterentwickeln?</p>	<p>Die CSU will das gegliederte Schulsystem stärken und weiterentwickeln, indem die Qualität der einzelnen Schularten weiter verbessert wird. Das heißt für das Gymnasium insbesondere eine Optimierung der individuellen Förderung und eine Fokussierung der Lehrpläne auf grundlegende Inhalte und Kompetenzen mit dem Ziel einer noch größeren Nachhaltigkeit der Lehr- und Lernprozesse. Im Zentrum steht die Stärkung der Allgemeinbildung und der Studierfähigkeit.</p> <p>Gleichzeitig stärkt die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung das gegliederte Schulsystem, indem die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten und deren Anschlussfähigkeit weiter ausgebaut wird, so dass es jeder Schülerin und jedem Schüler ermöglicht wird, einen den jeweiligen Begabungen und Interessen entsprechenden Schulabschluss zu erwerben.</p>	<p>Garant für Erhalt und Ausbau des erfolgreichen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Bayern ist die bestmögliche Bildung seiner Kinder und jungen Menschen. Die frühe Entscheidung über die Schullaufbahn im zehnten Lebensjahr schöpft die Bildungsressourcen der Kinder nicht aus. Gerade weil Kinder individuell höchst unterschiedlich sind, brauchen wir eine längere gemeinsame Schulzeit und eine echte Durchlässigkeit des Schulsystems. Auch das Übertrittszeugnis ist für viele Kinder, Eltern und für die Lehrer/innen eine unnötige Belastung und außerdem für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Kinder ein höchst zweifelhaftes</p>	<p>Das gegliederte Schulsystem in seiner jetzigen Form wird den Bildungsanforderungen einer modernen Gesellschaft nicht gerecht: Bildungserfolg in Bayern ist statistisch signifikant abhängig vom Einkommen der Eltern (Quelle: Bayerischer Bildungsbericht). Außerdem erzeugt es einen von vielen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen als unerträglich empfundenen Druck in der Grundschule. Hinzu kommt in vielen Regionen Bayerns ein dramatischer Rückgang der Schülerzahlen. In vielen Regionen wird ein vielgliedriges Schulsystem deshalb nicht mehr aufrechterhalten werden können. Wir fordern daher die aktive</p>	<p>Die bayerische FDP will das gegliederte Schulwesen mittelfristig ändern und langfristig zu einem zweigliedrigen Schulsystem führen. An eine sechsjährige Primarschule schließt eine Regionalschule an, die bei guter Durchlässigkeit Haupt- und Realschule unter einem Dach vereint. Daneben soll es ein starkes Gymnasium, das die Schüler optimal zur Hochschulreife führt, geben. Für besonders begabte Schüler soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, nach dem vierten Schuljahr auf das Gymnasium zu wechseln.</p>

		<p>Instrument. Sinnvoll wäre eine 6-jährige gemeinsame Schulzeit und danach eine gymnasiale Schullaufbahn oder der Besuch einer Schule, die grundsätzlich den mittleren Bildungsabschluss ermöglicht. Zur Stärkung der Schulen ist aber vor jeder strukturellen Veränderung dringend eine Verbesserung der Rahmenbedingungen an allen Schularten erforderlich. Zu einer vernünftigen Schulentwicklung gehört auch die Zulassung von Reformschulen, um eine möglichst große Vielfalt bei der Schulwahl zu realisieren.</p>	<p>Gestaltung einer pädagogischen Reform als Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Durch die Einführung einer neunjährigen gemeinsamen Schulzeit erhalten SchülerInnen die Chance, all ihre Talente und Potenziale zu entwickeln. Gleichzeitig gelingt es so, die Schule im Ort zu halten. Am Ende dieser gemeinsamen Schulzeit entscheiden sich SchülerInnen dann für eine Berufsausbildung oder für eine gymnasiale Oberstufe. Eine solche Reform wollen wir gemeinsam mit allen Akteuren gestalten. Wir sind sicher, dass wir damit ein hohes Bildungsniveau sichern, die Abiturientenquote steigern und zugleich für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen können.</p>	
<p><b>Frage 9</b></p>				
<p>Das dreigliedrige Schulsystem mit seinem achtjährigen Gymnasium sieht sich vielen Angriffen ausgesetzt. Die zukunftsorientierte Antwort des bpv ist unser Positionspapier „Flexibilität und Verantwortung“ (Siehe Anhang). Wie stehen Sie dazu?</p>	<p>Das gegliederte Schulsystem erscheint im Sinne der Bildungsgerechtigkeit als die beste Möglichkeit der Umsetzung begabungsgerechter Förderung und sollte daher weiterhin „offensiv verteidigt“ werden.</p> <p><b><u>Übertritt ins Gymnasium</u></b></p> <p>Der propagierte Ausgleich sozialer Disparitäten durch zusätzliche Förderung ist sicherlich zu begrüßen; der Wahl der weiterführenden Schulart auf der Basis von Interesse und Begabung ist ebenso zuzustimmen wie der Forderung, diesen Wechsel an die weiterführenden Schulen an feste Leistungskriterien zu binden. Welche Optimierungen im Übertrittsverfahren möglich sind, wird in einer Arbeitsgruppe im zuständigen Staatsministerium thematisiert werden; der Einsatz von Grundschullehrkräften an Realschulen und Gymnasien könnte hierzu neue Aufschlüsse geben. Dass auch am Ende der Jahrgangsstufe 5 eine Aufstiegsmöglichkeit in das Gymnasium gegeben sein soll, entspricht bereits dem jetzigen Sachstand. Ein „Probejahr“ mit der Korrekturmöglichkeit der</p>	<p>Das bpv-Positionspapier „Flexibilität und Verantwortung“ unterstützen wir inhaltlich in großen Teilen. Es weist in die richtige Richtung. Vor allem die Ausführungen zur Durchlässigkeit zwischen den Schularten sind richtig und wichtig. Das darf aber keine Durchlässigkeit „auf dem Papier“ sein, sondern muss den Schüler/innen auch nach der Schullaufbahnentscheidung im 10. Lebensjahr noch echte Chancen auf einen guten Bildungsabschluss ermöglichen. Die Übertrittszahlen in Bayern sprechen da leider eine andere Sprache. Wir sind der Überzeugung, dass eine längere gemeinsame Schulzeit der bessere Weg wäre, die individuelle Entwicklung der Kinder zu fördern und die Familien von dem pädagogisch höchst umstrittenen Übertrittszeugnis zu entlasten. Der Gedanke, dass die individuelle</p>	<p>Viele Forderungen aus Ihrem Positionspapier können wir teilen: So ist es auch uns ein Anliegen, den Anteil von Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung zu steigern. Auch wir sehen uns mit Ihnen einig, dass individuelle Förderung verstärkt werden muss. Für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen setzen wir uns seit vielen Jahren ein. Für die Grünen im Bayerischen Landtag ist die frühe Förderung ein ganz wichtiges Thema. Unter dem Motto „Auf den Anfang kommt es an“ haben wir unsere Vorschläge für frühkindliche Förderung in Anträgen an den Landtag formuliert. Wir sehen jedoch die Zukunft unseres Bildungssystems nicht in einer weiteren Ausdifferenzierung des bisher vorhandenen. Wir wollen dessen Umgestaltung zu einer neunjährigen gemeinsamen</p>	<p>Bei entsprechender Nachbesserung begrüßen wir die Einführung des achtjährigen Gymnasiums! Die Stofffülle soll deutlich verringert werden und sich an den bundesweiten Standards orientieren. Intensivierungsstunden sind als Kernstück des G 8 sicherzustellen.</p>

vorgenommenen Schularwahl hingegen offiziell zu propagieren, wird abgelehnt und ergibt keinen Sinn, solange der Übertritt an Leistungskriterien und an pädagogische Urteile der Lehrkräfte der abgebenden Schule gebunden ist.

#### **Flexibilität zwischen den Schularten**

Die Wechselmöglichkeiten zwischen den Schularten bestehen für Schüler bereits jetzt; sie können sicherlich ausgebaut werden, z. B.

- durch verstärkte Information (u. U. durch Eignungsvermerke in allen Übertrittszeugnissen, also auch in der Jahrgangsstufe 5 der Hauptschule, und auch in allen Jahreszeugnissen der Realschule in den Jahrgangsstufen 5 und 6 bei Eignung für das Gymnasium; vgl. Positionspapier S. 3);
- durch Modifikation der Übertrittsbedingungen (z. T. schon umgesetzt wie von Realschule 10 in Gymnasium 10 Senkung des Notenschnitts auf 3,0);
- durch Stärkung des Übertritts von Realschule 10 ins Gymnasium (v. a. über regionale Ausweitung und Bewerbung der Einführungsklassen).
- siehe GiB, Heft 1/2008, S. 36f.

Die Fokussierung des bpv auf Übertritte in den Jahrgangsstufen 5/6 und 9/10 erscheint – auch wenn es tatsächlich die meisten aufsteigenden Übertritte ins Gymnasium in den Jahrgangsstufen 5/6 gibt – nicht zielführend, da für sehr gute Realschüler auch weiterhin in den Jahrgangsstufen 7/8 Wechselmöglichkeiten bestehen bleiben müssen (auch wenn sie zahlenmäßig bisher nicht ins Gewicht fallen).

Zudem erscheint die Propagierung des Übertritts von Jahrgangsstufe 9 der Realschule in das Gymnasium nicht sinnvoll, da praktisch kein Realschüler ohne den mittleren Schulabschluss seine Schulart verlassen wird; der Jahrgangsstufe 9 eine Gelenkfunktion zuzusprechen, geht daher an der Realität vorbei. Diese Gelenkfunktion bleibt der Jahrgangsstufe 10 vorbehalten und wird auch im G 8 durch die neue Einführungsklasse unterstützt. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass eine Vergabe des Mittleren Schulabschlusses nach

Förderung erst im Alter von vier Jahren beginnen sollte, erscheint zu kurz gesprungen. Individuelle Förderung ist eine Grundsatzaufgabe, die schon vor dem 4. Lebensjahr in den Kindertagesstätten beginnen und in den Schulen weitergeführt werden muss. Erst mit 4 Jahren mit der Spracherziehung zu beginnen, wäre zum Beispiel viel zu spät. Kindertagesstätten brauchen genauso wie die Schulen dafür die richtigen und bedarfsgerechten Rahmenbedingungen und hochqualifiziertes Personal. Wir unterstützen die Argumentation, dass am Ende der Hauptschule ein Hauptschulabschluss, ein qualifizierender Hauptschulabschluss oder ein mittlerer Bildungsabschluss stehen soll. Das ist heute leider nicht an jeder Schule der Fall. Wir sind auch der Auffassung, dass jede Schulart einen mittleren Bildungsabschluss anbieten muss. Unser Konzept der regionalen Schulentwicklung geht in genau diese Richtung.

Schulzeit. Danach können sich SchülerInnen für eine Berufsausbildung oder für ein Gymnasium entscheiden. Auf diesem Weg sind Teile des Positionspapiers „Flexibilität und Verantwortung“ wichtige Meilensteine.

Jahrgangsstufe 9 des Gymnasiums nicht nur an der KMK-Bestimmung scheitert, sondern auch wegen des Nichterreichens der Standards (nach derzeitigem Stand) ausscheidet. Ohne mittleren Abschluss nach Jahrgangsstufe 9 ist auch der Wechsel nach Jahrgangsstufe 9 an die Fachoberschule nicht möglich; dieser wäre zudem wegen des geringen Alters der vom Gymnasium wechselnden Schüler dann problematisch.

Die Definition von „Ausstiegsmöglichkeiten“ (auf dem Niveau Mittlerer Schulabschluss und Fachhochschulreife) aus dem Gymnasium, die dem Gedanken eines einheitlichen gymnasialen Bildungsganges widerspricht, sollte vermieden werden, auch wenn in der Realität nicht alle Gymnasiasten den Ansprüchen einer gymnasialen Ausbildung gerecht werden (und daher zum Teil das Gymnasium verlassen müssen); vielmehr sollte noch stärker als im Positionspapier vorgenommen der Akzent auf die Förderung der an der Schulart aufgenommenen Schüler gesetzt werden. Eine Ausstiegsmöglichkeit auf dem Niveau der Fachhochschulreife (im G 8 wohl nach Jahrgangsstufe 11) würde zudem die einheitlich konzipierte Qualifikationsphase der Oberstufe beeinträchtigen.

#### **Fazit**

Insgesamt betrachtet rückt das Positionspapier die Frage des Ausstiegs aus dem Gymnasium zu stark in den Vordergrund und enthält Forderungen, die derzeit nicht umsetzbar sind (z. B. mittlerer Schulabschluss nach Jahrgangsstufe 9 am Gymnasium), und aus diesen (nicht umsetzbare) weitere Postulate ableitet. Zudem erhebt es Forderungen, die in der Öffentlichkeit und bei der Politik kaum Gehör finden werden, da sie derzeitigen Entwicklungen zuwiderlaufen (z. B. Forderung nach Beschränkung der Allgemeinen Hochschulreife auf das Gymnasium; Distanzierung von der neuen Beruflichen Oberschule). Zudem enthält das Positionspapier Forderungen, die bereits erfüllt sind (z. B. S. 3: „Der Wechsel von einer weiterführenden Schulart in eine andere muss künftig in alle Richtungen möglich werden.“), und wenig glückliche Formulierungen („Wir müssen wieder erreichen, dass es schön ist und Freude

macht, an einem Gymnasium zu lernen und zu lehren...“).

### Frage 10

Die Qualität des Gymnasiums hängt von guten Rahmenbedingungen ab.

Wie und wie weit wollen Sie die Klassenstärken senken?

Wie wollen Sie die Personalversorgung verbessern?

#### Ausbau der Personalkapazitäten im Schuljahr 2007/2008:

+865 Stellenäquivalente ab September 2007	Verwendung der Ressourcen
659 Stellenäquivalente (465 Planstellen + 194 Stellenäquivalente Mittel)	Mehrbedarf durch Umsetzung der G 8-Studentafel in Jahrgangsstufe 9 und den Schülerzuwachs in 2007/2008
102 Stellenäquivalente (10.000-30.000 € je nach Schulgröße)	Vertretungspools (Mittel zur eigenen Bewirtschaftung durch die Schulen); unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung (siehe unten)
49 Stellenäquivalente	Reserve im zuständigen Staatsministerium für Aushilfsfälle
55 Stellenäquivalente	Vermeidung von Klassen mit 35 oder mehr Schülern

• bis auf sehr wenige begründete Ausnahmen keine Klassen mehr mit 35 oder mehr Schülern

• 32 % weniger Klassen mit 34 Schülern im Schuljahr 2007/2008

#### Ausbau der Personalkapazitäten im Schuljahr 2008/2009:

+830 Stellenäquivalente ab September 2008	Verwendung der Ressourcen
396 Stellenäquivalente (308+88)	Mehrbedarf durch Umsetzung der G 8-Studentafel in Jahrgangsstufe 10 und

Bei den Klassenstärken kann es nur eine Antwort geben: Keine Klasse über 25 und in größeren Klassen der Einsatz von zwei Lehrer/innen. Diese Entscheidung sollte die Schule treffen. Der Staat muss die dafür notwendigen Planstellen finanzieren. Außerdem muss den Schulen die Möglichkeit gegeben werden, auch kleinere Lerngruppen zur individuellen Förderung einzurichten – überall da, wo es sinnvoll ist.

Die Frage zur Personalversorgung ist leicht zu beantworten. Zunächst müssen die Lehrkräfte durch Einsatz von Schulsozialarbeiter/innen, Schulpsychologen und Erziehern im pädagogischen Bereich und durch Verwaltungsangestellte im Bereich der Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Der Einsatz von Schulassistentenpersonal ist ebenso sinnvoll wie die Beteiligung von „Externen“ an Schulprojekten. Darüber hinaus muss die Attraktivität des Lehrerberufes verbessert werden. Vor allem aber ist die Schaffung und Finanzierung von ausreichend Planstellen, also mehr Lehrer/innen, zwingend geboten. Kurz: Wir brauchen die strukturelle Erhöhung des Kultushaushaltes um eine Milliarde Euro in einem ersten Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen. Dies hat leider die CSU bei den Haushaltsberatungen 2008 erneut abgelehnt und die Senkung der Klassenstärken auf das Jahr 2012 verschoben.

Mit Einführung des achtjährigen Gymnasiums und der Einführung von Intensivierungsstunden war ein erhöhter Personalbedarf abzusehen. Wir hatten deshalb schon im Jahr 2004 die Vorlage einer mittelfristigen Personalplanung gefordert. Eine weitsichtige Personalplanung sowie eine stetige Aufstockung der Stellen hätten viele dramatische Verhältnisse an den Schulen verhindert. Wir haben dies in diversen Anträgen und während der Haushaltsberatungen mit soliden Gegenfinanzierungen immer wieder eingefordert. Der Sparkurs der CSU hat dies jedoch vereitelt und den LehrerInnen und SchülerInnen – nicht nur am Gymnasium – jede Perspektive auf eine Verbesserung ihrer Rahmenbedingungen genommen. Im Gymnasium hat der Mangel an PädagogInnen in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. So lernten mehr als 37 % aller SchülerInnen im Schuljahr 2006/2007 in Klassenstärken von 30 und höher. Individuelle Förderung der Stärken unserer Kinder ist so für die LehrerInnen nicht mehr möglich. Individuelle Förderung ist aber nicht zuletzt auch deshalb wichtig, da der Leistungsdruck auf die SchülerInnen mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums deutlich zugenommen hat. Ein Grund für den LehrerInnenmangel ist die fehlende Weitsicht des Kultusministeriums bei der Personalplanung. So wurden zur Einführung des G 8 im Nachtragshaushalt für das Jahr 2004 über 6 Mio. Euro bei den

Siehe Punkt 1 folgende. Mittelfristig ist es unser Ziel, dass die Klassenstärke bei maximal 25 Schülern liegt (nach dem Beispiel Baden-Württemberg (CDU-FDP) soll der Klassenteiler in einem ersten Schritt bei 28 liegen). Wenn die Rahmenbedingungen stimmen (flexible Handhabung der Einstellung, gesellschaftliche Aufwertung des Lehrerberufs, bessere Bezahlung), dann wird sich der Lehrermangel von selbst beheben!

	den Schülerzuwachs in 2008/2009 (überwiegend in den Jahrgangsstufen 12 und 13)
434 Stellenäquivalente (300+134)	Vermeidung von Klassen mit 34 und mehr Schülern und Einstieg in den Abbau von Klassen mit 33 Schülern
3 Mio. € ca. 50 Stellenäquivalente	Verstärkung der vorhandenen Mittel für die Vertretungspools sowie Möglichkeit zur Einstellung von pädagogischem Personal

- vollständiger Abbau der Klassen mit 34 oder mehr Schülern und
- Einstieg in den Abbau der Klassen mit 33 Schülern in 2008/2009

Muss eine Schule eine Klasse mit 34 oder mehr Schülern einrichten, sind die Zustimmung des Elternbeirats und eine Anzeige (mit Begründung) beim zuständigen Staatsministerium erforderlich.

**Forderungen im Doppelhaushalt 2009/2010:**

	Stellenbedarf 2009	Stellenbedarf 2010
Einführung der neuen Oberstufe	167	148
Abbau der übergroßen Klassen	375 Abbau der restlichen Klassen mit 33 Schülern	397 Einstieg (40 %) in den Abbau der Klassen mit 32 Schülern

(hier ohne Ersatz für EON-Stellen, Veränderungen der Schülerzahl, Ausgleich für Arbeitszeitkonto (AZK))

Personalausgaben der Gymnasien gekürzt. Die Sparpolitik der Staatsregierung hat dazu geführt, dass die befristeten Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich enorm ansteigen. Dies ist ein weiterer Grund, warum Lehramtsanwärter andere Jobangebote als die in Bayern annehmen. Wir fordern daher ein Personalplanungskonzept, das die SchülerInnen-LehrerInnen-Relation deutlich verbessert (mittelfristig 25 SchülerInnen) und den Schulen die Möglichkeit gibt, ihrer Aufgabe der individuellen Förderung optimal nachkommen zu können. Darüber hinaus berücksichtigt das Personalplanungskonzept, dass in Intensivierungsstunden und in der Oberstufe die Lerngruppengröße maximal 15 Personen beträgt. Wir setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass befristete Stellen in ordentliche Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

	<p><b><u>Einführung der neuen Oberstufe:</u></b></p> <p>Im Ministerratsbeschluss vom 14.01.2008 wurde festgelegt, dass folgende Richtgrößen für die Kursstärken anzustreben sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• in den Grundlagenfächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprache: maximal 25 Schüler (erhöhtes Anforderungsniveau gemäß KMK-Rahmenrichtlinien, verpflichtende Abiturprüfungsfächer)</li> <li>• in anderen Fachkursen: maximal 28 Schüler</li> <li>• in den beiden Seminaren: je maximal 15 Schüler</li> </ul> <p><b><u>Abbau der übergroßen Klassen:</u></b></p> <p>Für die Schuljahre 2009/2010 und 2010/2011 wird ein vollständiger Abbau der Klassen mit 33 Schülern angestrebt. Außerdem soll ein Einstieg (40 %) in den Abbau der Klassen mit 32 Schülern erfolgen.</p>			
<p><b>Frage 11</b></p>				
<p>Welche Maßnahmen sehen Sie für die Bewältigung der beiden Abiturjahrgänge im Jahr 2011 vor, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer und der Chancengleichheit für die Abiturientinnen und Abiturienten?</p>	<p><b><u>Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs 2011:</u></b></p> <p><b><u>Schaffung von 38.000 neuen Studienplätzen in Bayern</u></b></p> <p>Die Zahl der neu zu schaffenden Studienplätze ist so groß, dass zum Wintersemester 2011/2012 für den doppelten Abiturjahrgang gewährleistet ist, dass die Abiturienten des Jahres 2011 die gleichen Chancen auf Aufnahme eines Studiums haben wie Abiturienten anderer Jahrgänge.</p> <p><b><u>Zeitliche Entzerrung der beiden Jahrgänge</u></b></p> <p>Die Abiturprüfungen finden mit kurzer zeitlicher Versetzung statt, da aus schulorganisatorischen Gründen eine parallele Durchführung nur schwer umsetzbar wäre. Das G 9-Abitur findet im März/April 2011 statt, so dass die Prüfungen vor Beginn der Osterferien am 16.04.2011 abgeschlossen sein werden. Die Prüfungen für das achtjährige Gymnasium finden zum üblichen Abiturtermin im Mai/Juni 2011 statt.</p>	<p>Wir haben bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums immer wieder darauf hingewiesen, dass es viele offene Fragen gibt, die nicht ausreichend beantwortet wurden. Die Frage des doppelten Jahrgangs ist eine davon. Wir halten es für einen schändlichen Umgang mit den Schülerinnen und Schülern, dass keine Vorsorge getroffen wurde, wie mit dem doppelten Jahrgang verfahren wird. Man hätte sich bei der Einführung des G 8 alles Mögliche überlegen können, um dieses Problem zu lösen. Jetzt lässt man Lehrer und Schüler einfach ins offene Messer laufen, nach dem Motto: Schaut's halt, wo's bleibt's. Das Mindeste ist natürlich, die zusätzliche Arbeitsbelastung abzufedern. Noch wichtiger allerdings sind Lösungen für die Abiturientinnen und Abiturienten.</p>	<p>Wir halten es für völlig unzureichend, die Prüfungen für den doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2011 auseinander zu ziehen. Die Situation an den bayerischen Hochschulen entspannt sich dadurch nicht. Stattdessen müssen an den Hochschulen neue Kapazitäten für den doppelten Abiturjahrgang und den zu erwartenden Anstieg der Studierendenzahlen in den nächsten Jahren geschaffen werden. Für ein langfristig angelegtes Hochschulausbauprogramm bedarf es einer schrittweisen Anhebung des Hochschulstats in der Größenordnung von mindestens 2 Milliarden Euro. Bei den Abiturprüfungen muss auf gleiche Qualität und Chancengleichheit geachtet werden. Die PädagogInnen</p>	<p>Da die Staatsregierung versäumt hat, hier Vorsorge zu treffen, muss durch flexible Maßnahmen (kurzfristige Aushilfskräfte für Unterrichtsausfall) die besondere Belastung der Lehrer gemildert werden.</p>

**Studienangebote zum Sommersemester 2011 in Bayern**

Das Sommersemester beginnt 2011 einheitlich zum 2. Mai, zumindest in den nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen. Die Hochschulen haben zugesagt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Angebot an Studienplätzen im Sommersemester 2011 auszubauen. Ein Studienbeginn wird auch in Studiengängen mit Eignungsfeststellungsverfahren ermöglicht (auf der Basis der Halbjahreszeugnisse 12/1 mit 13/1).

**Zahl der Ausbildungsplätze 2011- Ausbildungsbeginn**

Die CSU und die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung sind bestrebt, die Zahl der Ausbildungsplätze, insbesondere in Berufen mit hohem Abiturientenanteil, zu erhöhen. Voraussichtlich ist ein Ausbildungsbeginn bereits vor dem 01.09.2011 möglich.

**Wehr- und Zivildienst**

Bedingt durch die Regelungen zur Durchführung der Abiturprüfungen 2011 (siehe oben) bleiben der 01.07. und der 01.10. die Regeleinberufungstermine für Abiturienten. Wehrpflichtige müssen daher keine Verzögerungen bei der Aufnahme eines Studiums 2012 befürchten.

Nach Auskunft des Bundesamtes für Zivildienst (BAZ) kann eine Zivildienststelle zu jedem Ersten des Monats angetreten werden. Absolventen des G 9 können daher bereits zum 01.05.2011 eine Zivildienststelle antreten und ggf. zum Sommersemester 2012 ein Studium aufnehmen.

Darüber hinaus werden weitere Optionen, wie z. B. die Ausweitung der Angebote zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder zum Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), geprüft.

**Maßnahmen zur Chancengleichheit beider Jahrgänge:**

**Berufs- und Studienberatung im letzten G 9-Jahrgang**

Die Berufs- und Studienberatung wird deutlich

Allein das Entzerren der Abiturprüfungen bringt wohl nichts. Die Ausweitung der Kapazitäten an den Hochschulen ist dringend geboten. Aber das geschieht bislang nicht. Es ist viel Zeit verloren gegangen, in der man hätte massiv etwas verändern können.

müssen für ihre Leistungen bei Vorbereitung, Durchführung und Korrektur der Prüfung entschädigt werden. Es ist darauf zu achten, die Belastungen nicht weiter zu verstärken.

	<p>intensiviert. Auch von Seiten der bayerischen Hochschulen und der Hochschulrektorenkonferenz (www.hrk.de; bundesweite Strategie) sollen umfangreiche Informationsangebote zum Studium und zu Studiengängen aufgebaut werden.</p> <p><b><u>Lehrplankürzungen im letzten G 9-Jahrgang</u></b></p> <p>Für den letzten G 9-Jahrgang werden Lehrplaninhalte im Umfang von 6 Wochen gekürzt. Das entspricht dem Umfang der Vorverlegung des Abiturs.</p> <p><b><u>Wiederholungsmöglichkeiten für den letzten G 9-Jahrgang</u></b></p> <p>Neben den umfangreichen Regelungen zum Übertritt in die nächst höhere Jahrgangsstufe erhält dieser Jahrgang u. a. die Möglichkeit eines Nachtermins im August für alle Schülerinnen und Schüler, die das Abitur zum Regeltermin nicht bestanden hatten.</p> <p><b><u>Musterabitur G 8</u></b></p> <p>Bis zum Herbst 2009 werden für jedes Fach Musterabiture für das G 8 auf der Homepage des ISB veröffentlicht. Umfang und Anforderungsniveau werden damit frühzeitig dargestellt.</p>			
<p><b>Frage 12</b></p>				
<p>Sehr gut ausgebildete Philologinnen und Philologen gewährleisten einen niveaувollen gymnasialen Unterricht. Wie stehen Sie</p> <p>zum vertieften Studium in zwei Fächern mit hohen fachwissenschaftlichen Anteilen?</p> <p>zum ersten und zweiten Staatsexamen bei zweijähriger Referendarzeit?</p>	<p>Auch wenn im Rahmen der Neunten Änderungsverordnung zur Lehramtsprüfungsordnung I (LPO I) die pädagogischen und fachdidaktischen Studieninhalte deutlich mehr Gewicht erhalten haben, steht beim Studium für das Lehramt an Gymnasien die fachwissenschaftliche Ausbildung nach wie vor deutlich im Vordergrund. Ein erfolgreich abgeschlossenes vertieftes Studium in zwei Fächern mit hohen fachwissenschaftlichen Anteilen soll auch in Zukunft Voraussetzung für das Lehramt an Gymnasien bleiben.</p> <p>Eine Änderung der Ausbildungsstruktur (erstes und zweites Staatsexamen, zweijährige Referendarszeit) steht derzeit nicht zur Debatte.</p>	<p>Wir halten den hohen fachwissenschaftlichen Anteil für wichtig und notwendig, aber für uns sind die fachdidaktischen und pädagogischen Anteile im Studium ebenso von hoher Relevanz. Nach der Umstellung auf das Bachelor/Master-System und die Vergleichbarkeit der Studiengänge sind in anderen Bundesländern Staatsexamen nicht mehr notwendig. Das können wir uns für Bayern auch vorstellen. Wir müssen Nachteile für bayerische Lehramtsstudierende vermeiden und eine hohe Mobilität ermöglichen.</p>	<p>Die Schulen von morgen brauchen LehrerInnen mit noch besserer Aus- und Fortbildung. Die Anforderungen an diesen Beruf wachsen nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Heterogenität der SchülerInnen und dem Zwang, sich mit den Anforderungen der Wissensgesellschaft auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund möchten wir neben den fachwissenschaftlichen Anteilen vor allem den Praxisanteil sowie die pädagogisch-psychologischen, didaktischen und diagnostischen Anteile in der Lehrerbildung aufwerten. Da die starke Fragmentierung nach Schularten und Fächern von der OECD als</p>	<p>Wir befürworten den Bologna-Prozess, der ein Grundstudium mit Hochschulprüfungen und kein erstes Staatsexamen vorsieht.</p>

			<p>eine der Hauptschwachpunkte der deutschen LehrerInnenbildung gesehen wird, wollen wir in den ersten beiden Semestern in Form einer überwiegend gemeinsamen universitären Ausbildung der LehramtsstudentInnen die erziehungswissenschaftliche und schulpädagogische Grundlage schaffen, die durch eine daran anschließende verstärkte fachwissenschaftliche Ausbildung ergänzt wird. Dadurch soll die ausgewogene Berücksichtigung sowohl der pädagogischen als auch der fachwissenschaftlichen Anteile erreicht werden. Das Bachelor/Master-Studium bietet hierbei durch das Angebot von Modulen optimale Chancen. Mit einer praxisorientierten Ausbildung von Anfang halten wir eine einjährige Referendarzeit für ausreichend. Ein Staatsexamen halten wir nicht für notwendig, der Abschluss als „Master“ an der Universität ist für uns ausreichend.</p>	
<b>Frage 13</b>				
<p>Die herausragenden Leistungen der bayerischen Philologinnen und Philologen werden in der Öffentlichkeit nicht gebührend wahrgenommen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem angemessen entgegenzutreten?</p>	<p>Die CSU und der Arbeitskreis Schule, Bildung und Sport (AKS) der CSU würdigen die engagierten Leistungen der Lehrkräfte an den Gymnasien und beruflichen Oberschulen ebenso wie die der Lehrkräfte anderer Schularten. Die CSU weist auf die ausgezeichneten Ergebnisse der bayerischen Schüler in den internationalen und nationalen Vergleichsstudien hin. Sie hebt dies als hervorragendes Zeugnis für die Leistungen der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer hervor.</p>	<p>Wir reden gut über Philologinnen und Philologen. Und wir setzen uns dafür ein, dass sie ihre Arbeit gut machen können. Dafür sind allerdings andere Rahmenbedingungen erforderlich, die nur durch andere Mehrheiten im Parlament geschaffen werden können. Das ist das wirksamste Mittel. Wer die Leistungen derjenigen, die mit unserer Zukunft, den Schülerinnen und Schülern, arbeiten, derart schlecht honoriert, gehört abgewählt.</p>	<p>Die strukturellen Missstände des bayerischen Schulsystems haben dazu geführt, dass die herausragenden Leistungen der bayerischen PhilologInnen von den bestehenden Problemen überdeckt werden. Angesichts der zunehmenden Belastung der SchülerInnen, Eltern und Lehrkräfte durch die Einführung des G 8 und des eklatanten Lehrermangels an Bayerns Schulen, der sich in Form von ansteigenden Klassenstärken und zunehmendem Unterrichtsausfall äußert, hat sich in der Öffentlichkeit ein Negativbild entwickelt, das kaum mehr Raum für die Würdigung der guten Arbeit der bayerischen PädagogInnen lässt. Um also eine angemessene</p>	<p>Indem auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen der Stellenwert einer umfassenden Bildung herausgestellt und betont wird.</p>

			Wahrnehmung der Leistung der LehrerInnen in Bayern zu gewährleisten, müssen zuerst die Missstände des Schulsystems beseitigt und damit ein positives Lern- und Sozialklima an den bayerischen Schulen geschaffen werden. Eine verbesserte finanzielle und personelle Ausstattung sind hierbei für uns wichtig.	
<b>Frage 14</b>				
<p>Der bpv vertritt 23.000 Philologinnen und Philologen an den bayerischen Gymnasien und den beruflichen Oberschulen.</p> <p>Wie wollen Sie die Fachkompetenz des bpv in Ihre politische Arbeit einfließen lassen?</p>	<p>Der bpv ist für die CSU und die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung wichtiger Ratgeber und Ansprechpartner in allen Belangen des Gymnasiums und der beruflichen Oberschulen sowie bei personal- und dienstrechtlichen Themen.</p> <p>Dies kommt durch Beteiligung bei Anhörungen, durch Fachgespräche auf allen Ebenen sowie durch vielfältige Kontakte und Meinungsaustausch zum Ausdruck.</p> <p>Wie Beispiele der jüngsten Zeit belegen (Oberstufe, Lehrplanänderung), gelingt es dem bpv dadurch auch, seine fachlichen und berufsspezifischen Kompetenzen in die Arbeit der CSU und der CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung einfließen zu lassen.</p>	<p>Es gibt einen guten, konstruktiven Dialog mit dem bpv, der auf allen Ebenen ganz hervorragend funktioniert. Wir brauchen die Anregungen, Erfahrungen und Hinweise des bpv für unsere parlamentarische Arbeit und nehmen sie immer gerne entgegen. Auch wenn wir nicht immer zu den gleichen Ergebnissen kommen, so wissen wir uns im Ziel einig: Keiner darf verloren gehen!</p>	<p>Es gibt viele Gemeinsamkeiten der Grünen mit dem bpv. Wie in einer Demokratie nicht anders zu erwarten, gibt es auch unterschiedliche Ansichten, so z. B. bei der Schulstruktur. Wir schätzen jedoch den seit Jahren mit dem bpv geführten konstruktiven Dialog und bedanken uns vor allen Dingen für die intensive Zusammenarbeit bei der Verbesserung des achtjährigen Gymnasiums. Mit dem bpv gemeinsam ist uns das Bemühen um eine bessere Bildungspolitik in Bayern. Wir teilen das Bestreben, für unsere Kinder die besten Lernbedingungen zu gestalten. Deshalb schätzen wir für unsere Arbeit die Fachkompetenz und das Engagement des bpv zum Wohle unserer Kinder. Ein regelmäßiger produktiver – ggf. auch kontroverser – Austausch soll daher auch die zukünftige Zusammenarbeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bpv prägen.</p>	<p>Wie wir dies bereits seit längerer Zeit begonnen haben: durch regelmäßigen Gedankenaustausch mit Vertretern des bpv.</p>